

REGIERUNGSRAT

18. März 2026

26.10

Interpellation Mia Jenni, SP, Obersiggenthal, vom 6. Januar 2026 betreffend Auswirkungen Stellenabbau bei Novartis in Stein AG; Beantwortung

I.

Text und Begründung der Interpellation wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat antwortet wie folgt:

Vorbemerkungen

Ende November 2025 hat der Pharmakonzern Novartis den Abbau von 550 Stellen in Stein angekündigt. Ein Stellenabbau in diesem Ausmass trifft immer hart – hauptsächlich die Personen, die ihre Arbeitsstelle verlieren und mit grossen Unsicherheiten konfrontiert sind. Auch ihre Familien sind direkt betroffen. Der Regierungsrat bedauert diesen Abbau darum sehr. Er ist auch unvorteilhaft für die Region und den Kanton Aargau, der heute im Verhältnis zur Bevölkerung über weniger Arbeitsplätze verfügt als die meisten anderen Kantone.

Die Interpellantin stellt einen Zusammenhang mit den US-Zolldrohungen und möglichen Produktionsverlagerungen in die USA her. Zu den US-Zöllen hat sich der Regierungsrat im vergangenen Jahr mehrfach geäussert, die grossen Fragezeichen zu dieser Problematik sind seither nicht verschwunden.¹ Der Regierungsrat geht von keinem Zusammenhang aus, zumal solche Abbau-Entscheide typischerweise nicht innert Monaten gefällt werden und die Produktion von Stein in europäische Länder verlagert werden soll.

Die Pharmabranche insgesamt ist im Fricktal seit Jahrzehnten und bis heute auf Expansionskurs. So schliesst beispielsweise Lonza 2026 einen grossen Ausbauschritt in Stein ab, und der nächste Ausbauschritt ist in Planung. Seit 2021 hat Lonza im Fricktal damit über 1'000 Arbeitsplätze geschaffen.

¹ (25.119) Interpellation Annetta Schuppisser, GLP, Bremgarten (Sprecherin), Matthias Betsche, GLP, Möriken-Wildegg, vom 29. April 2025 betreffend Auswirkungen des US-amerikanischen Zollhammers auf den Aargau sowie auf dessen Wirtschaft, Industrie und internationale Zusammenarbeit. [Detail Geschäft](#)

(25.135) Interpellation Mia Jenni, SP, Obersiggenthal (Sprecherin), Lelia Hunziker, SP, Aarau, Rolf Schmid, SP, Frick, Carol Demarmels, SP, Obersiggenthal, vom 29. April 2025 betreffend Auswirkungen der Zollerhöhungen durch die USA auf die Aargauer Wirtschaft. [Detail Geschäft](#)

(25.137) Interpellation der Mitte-Fraktion (Sprecherin Monika Baumgartner, Tegerfelden) vom 29. April 2025 betreffend Auswirkungen von angebotenen US-Zöllen auf die Aargauer Wirtschaft und allfällige Massnahmen im Zusammenhang mit dem AFP 2026–2029. [Detail Geschäft](#)

(25.245) Postulat Annetta Schuppisser, GLP, Bremgarten (Sprecherin), Matthias Betsche, GLP, Möriken-Wildegg, vom 26. August 2025 betreffend gezielte Anreize für unternehmerische Diversifikation und Innovation angesichts der US-Zölle. [Detail Geschäft](#)

Die Arbeiten für den neuen Standort von Bachem in Eiken laufen planmässig, und das Unternehmen will an diesem Standort langfristig mehrere Tausend Personen beschäftigen.

Zudem ist jede Branche seit jeher von einem gewissen Strukturwandel betroffen, das gilt auch für die Pharmabranche. Im exportorientierten Industriesektor ist der globale Wettbewerb ein starker Treiber dieses Wandels. Die Schweiz im Allgemeinen und der Kanton Aargau im Speziellen können zwar eine insgesamt sehr gute Standortqualität bieten, doch sind im internationalen Vergleich auch die Kosten – nicht zuletzt für die Löhne – sehr hoch. Bei wertschöpfungsintensiven Produktionsschritten fallen diese Kosten weniger ins Gewicht. Das lässt sich auch am Pharmacluster in der Nordwestschweiz ablesen: Der Fokus liegt immer stärker auf Forschung und Entwicklung, auf der Spezialitätenherstellung und allenfalls auf der automatisierten Massenproduktion. Arbeitsintensive Produktionsschritte mit tieferer Wertschöpfung wie die Massenerstellung von Standardprodukten mit erheblichem manuellem Anteil finden dagegen an Standorten mit tieferen Kosten statt.

In diese Entwicklung dürfte auch der Stellenabbau von Novartis in Stein einzuordnen sein. Die Produktion von Tabletten und Kapseln und die Verpackung von sterilen Arzneimitteln wird in europäische Länder mit tieferem Lohnniveau verlagert. Gleichzeitig investiert Novartis am Standort Stein einen zweistelligen Millionenbetrag in die Automatisierung.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Life-Science-Branche im Kanton Aargau die hohen Wachstumsraten vergangener Jahre nicht halten können, dass aber die Entwicklung auch nicht völlig einbricht. Viele Prozesse in dieser Industrie sind sehr komplex und anspruchsvoll. Unternehmen sind auf ein Branchen-Ökosystem und spezialisierte Fachkräfte angewiesen. Beides finden sie im Kanton Aargau. Zudem ist der Life-Science-Sektor wenig konjunkturanfällig und insgesamt auf Wachstumskurs. Dem Kanton Aargau kommt zusätzlich zugute, dass er über eine stark diversifizierte Wirtschaft verfügt, was die Krisenresistenz erhöht.²

Zur Frage 1

"Wie beurteilt der Regierungsrat den angekündigten Stellenabbau von Novartis in Stein im Lichte der Einschätzungen zur Standortqualität und der Gewinnentwicklung bei Novartis?"

Der Regierungsrat bedauert den Stellenabbau (vgl. Vorbemerkungen). Gleichzeitig ist festzuhalten, dass solche Umstrukturierungen meist das Resultat längerer Prozesse sind – also dass sie in diesem Fall weder mit den letzten Quartalsgewinnen noch mit möglichen US-Pharmazöllen direkt zu tun haben. Direkter dürfte wie erwähnt der Einfluss der Standortfaktoren sein: Bei den Kosten gehören die Schweiz und der Kanton Aargau im globalen Vergleich nicht zu den kompetitivsten Standorten, bei vielen weiteren Standortqualitäten schon.

Zur Frage 2

"Hat der Regierungsrat das Gespräch mit Novartis gesucht und an die früheren Bekenntnisse zum Standort Schweiz erinnert?"

Der Regierungsrat ist regelmässig im Gespräch mit Novartis, wie mit anderen grossen Arbeitgebern im Kanton oder auch mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Im Zusammenhang mit dem Stellenabbau hat es eine Reihe von Kontakten auf unterschiedlicher Stufe gegeben. Novartis hat den Kanton Aargau (Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, Amt für Wirtschaft und Arbeit) am Vorabend der öffentlichen Mitteilung informiert. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat Unterstützungsmassnahmen für Mitarbeitende angeboten, die vom Stellenabbau betroffen sein werden.

² Gemäss Kantonaalem Wettbewerbsindikator der UBS liegt der Kanton Aargau bei der Resilienz auf Rang 6 aller Kantone, vor allem dank der diversifizierten Branchestruktur. <https://www.ubs.com/global/de/wealthmanagement/insights/2025/cantonal-competitiveness-indicator.html>

Zur Frage 3

"Hat der Regierungsrat das Gespräch mit Novartis gesucht und über die Zukunft der vorhandenen Infrastruktur gesprochen, sofern der Standort verkleinert, wenn nicht sogar geschlossen wird?"

Novartis hat das Areal in Stein im Jahr 2023 an die Industriepark-Betreiberin GETEC verkauft und mietet seither die selbst genutzte Infrastruktur von GETEC zurück. Schon vor dem Verkauf waren weitere Unternehmen auf dem Novartis-Areal tätig. Eine solche Industriepark-Lösung kann die Auslastung verbessern und bietet mehr Flexibilität für neue Nutzungen, gerade bei Zäsuren wie dem hier diskutierten Stellenabbau. Novartis kennt die Standortqualitäten im Kanton und bleibt im Kanton Aargau beziehungsweise im GETEC-Park präsent.

Zu Gesprächen mit Novartis vgl. Antwort zur Frage 2.

Zur Frage 4

"Hat sich der Regierungsrat mit den Angestellten- und Arbeitnehmendenverbänden in Verbindung gesetzt?"

Das Departement Volkswirtschaft und Inneres wurde von den Arbeitnehmendenorganisationen kontaktiert und hat diese zu Gesprächen getroffen. Dabei koordiniert es sich mit dem Departement für Volkswirtschaft, Soziales und Umwelt des Kantons Basel-Stadt, der als Sitzkanton von Novartis und anderen grossen Pharmaunternehmen von Entwicklungen im Pharma-Cluster Nordwestschweiz ebenfalls stark betroffen ist.

Zur Frage 5

"Was tut der Regierungsrat, um den Stellenabbau und die Bedrohung des ganzen Standorts zu verhindern?"

Der Regierungsrat kann keine einzelbetrieblichen Massnahmen treffen, weder mit Vorgaben noch mit Subventionen. Das wäre auch nicht zielführend. Der Regierungsrat will die Standortqualität in der Breite laufend verbessern, um mehr wertschöpfungsintensive Unternehmen mit interessanten Arbeitsplätzen in den Kanton zu holen und ansässige Unternehmen bei der Expansion zu unterstützen. Die Standortqualität umfasst eine ganze Reihe von Faktoren. Auch der Pharma-Cluster selbst ist ein wichtiger Aspekt, weil er die Region für weitere Unternehmen dieser Branche interessant macht.

Rankings attestieren dem Kanton Aargau in der Breite eine gute Standortqualität.³ Gemäss Beschluss des Grossen Rats vom Januar 2026 wird der Kanton Aargau zudem Mittel investieren, um diese gute Standortqualität der international kaum bekannten Marke "Aargau" besser in Wert zu setzen – konkret mit einem Beitritt zur Vermarktungsorganisation Greater Zurich Area und einer Stärkung der regionalen Standortförderung. Die Botschaft zu diesen zwei Vorhaben erläutert die regierungsrätliche Strategie zur Stärkung des Standorts ausführlicher.⁴

³ Vgl. Fussnote 2, Kantonaler Wettbewerbsindikator UBS: <https://www.ubs.com/global/de/wealthmanagement/insights/2025/cantonal-competitiveness-indicator.html>

⁴ (25.275) Botschaft "Stärkung Wirtschaftsstandort Aargau; Beitritt Greater Zurich Area; Wirtschaftsförderung in Potenzialräumen; Verpflichtungskredite". [Detail Geschäft](#)

Zur Frage 6

"Welche Haltung hat der Regierungsrat gegenüber dem Eindruck der Aargauer Bevölkerung, dass sich der Bundesrat aktiver um die US-amerikanische Industriepolitik, hier Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten, kümmert als um die landeseigene? Und dem Eindruck, dass als Auswirkung des Zolldeals mit den USA nun Arbeitsplätze im Kanton Aargau gestrichen werden?"

Angesichts von protektionistischen Tendenzen und stärker auftretender Machtpolitik in der Weltwirtschaft befindet sich die Schweiz als kleines Land ohne Assoziation mit einem grösseren Machtblock in einer herausfordernden Situation. Der hohe Druck erfordert vom Bundesrat ein Mass an Pragmatismus, das weit geht. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass sich der Bundesrat bei seinen intensiven aussenwirtschaftlichen Bemühungen stets und ausschliesslich am Wohl der Unternehmen und der Arbeitnehmenden in der Schweiz orientiert. Dieser Eindruck stützt sich auch auf den laufenden Austausch, den die Kantone zu diesen Themen mit dem Bund pflegen, regelmässig auch trilateral mit der Wirtschaft.

Zur Frage 7

"Wie sieht der Regierungsrat den Entscheid der Novartis im Hinblick der zunehmend komplizierten Lage der Versorgungssicherheit in Bezug auf Tabletten und Kapseln? Wurde in diesem Zusammenhang das Gespräch mit dem Bundesrat und Novartis gesucht?"

Die Versorgungssicherheit bei Medikamenten ist in den letzten Jahren stark ins Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Sowohl in der Schweiz als auch in anderen Ländern kommt es vermehrt zu Lieferengpässen benötigter Arzneimittel. Von Lieferengpässen betroffen sind gemäss Bundesamt für Gesundheit nicht nur Kapseln und Tabletten, sondern vor allem Generika und Medikamente mit abgelaufenem Patentschutz im Allgemeinen. Besonders betroffen sind starke Schmerzmittel wie Opioide, Impfstoffe, Insulin oder Antibiotika. Der Entscheid von Novartis, die Produktion von Kapseln und Tabletten in Stein aufzugeben und sich an diesem Standort auf innovative Herstelltechnologien zu fokussieren sowie in die Automatisierung bei der Herstellung von sterilen Darreichungsformen zu investieren, passt in dieses Muster.

Die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit notwendigen Arzneimitteln ist dem Regierungsrat schon länger ein grosses Anliegen. Der Kanton Aargau hat bereits im Jahr 2020 die (21.303) Standesinitiative zur Sicherung der Landesversorgung mit essenziellen Wirkstoffen, Medikamenten und medizinischen Produkten eingereicht, die verlangt, dass die Bundesversammlung rasch die erforderlichen Massnahmen trifft. Das Anliegen der Initiative wurde von der Bundesversammlung zwar als berechtigt anerkannt, aber im Jahr 2022 dennoch mit Verweis auf die laufenden Arbeiten des zuständigen Departements des Innern abgelehnt.

Seither haben insbesondere das Departement des Innern und das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Sachlage und Handlungsmöglichkeiten weiter prüfen lassen. Im Rahmen der vertieften Prüfung möglicher Massnahmen und der Erarbeitung von Umsetzungsvorschlägen wurden auch relevante Anspruchsgruppen aus dem Gesundheitswesen wie zum Beispiel die Kantonsapothekervereinigung miteinbezogen, und es wurde eine Expertengruppe eingesetzt, um zusätzliche Massnahmen im Bereich der Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln zu erarbeiten.

Die Expertengruppe empfiehlt dem Bundesrat insbesondere auch die Sicherstellung der bestehenden inländischen Produktions-Schlüsseltechnologien, um zu verhindern, dass im Inland die Produktion von Arzneimitteln verloren geht. Der Wegfall der Herstellung von Tabletten und Kapseln in Stein als Schweizer Produktionsstandort ist deshalb auch aus Sicht des Regierungsrats sehr bedauerlich. Zu begrüssen ist, dass am Standort in Stein weiterhin Arzneimittel produziert werden.

Weil primär der Privatsektor für die Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln zuständig ist und weder Bund noch Kantone die rechtlichen Grundlagen haben, um regulierend in diesen Sektor einzugreifen,

können weder der Regierungsrat noch der Bundesrat Novartis Vorgaben machen, welche Arzneimittel an welchem Standort herzustellen sind.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 1'000.—.

Regierungsrat Aargau